

18.12.2025 – 15:26 Uhr

Ständerat anerkennt grundsätzlich die Sparsamkeit der Landwirtschaft

Medienmitteilung des Schweizer Bauernverbands vom 18. Dezember 2025

Ständerat anerkennt grundsätzlich die Sparsamkeit der Landwirtschaft

Der Ständerat ist einsichtig und verzichtet darauf, den grossen Sparhammer bei den Bauernfamilien anzusetzen. Er verzichtet auf den überwiegenden Teil der Massnahmen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft. Bedauerlich ist die Kürzung von 3.5 Mio. bei der Qualitäts- und Absatzförderung. Die Landwirtschaft trägt keinerlei Schuld am Loch in der Bundeskasse.

Der Schweizer Bauernverband ist erleichtert: Der Ständerat will nicht im grossen Stil bei den Sparsamen ansetzen, um den Bundeshaushalt mit dem Entlastungspaket 27 wieder ins Lot zu bringen. Er hat entschieden auf den überwiegenden Teil der bundesrätlichen Massnahmen bei der Land- und Ernährungswirtschaft zu verzichten. Der Entscheid ist insofern korrekt, weil die Landwirtschaft nicht schuld an der Misere ist. Im Gegenteil: Sie leistet ihren Beitrag für stabile Bundesfinanzen: Ihre Ausgaben sind seit 25 Jahren nominal stabil, während die Bundesaussgaben um 80 Prozent oder 40 Mrd. Franken gestiegen sind. Unter Berücksichtigung der Teuerung sind die Ausgaben für die Landwirtschaft sogar zurückgegangen. Weil die Anforderungen für den Erhalt von Direktzahlungen Jahr für Jahr steigen, leisten die Bauernfamilien faktisch immer mehr für gleich viel Geld. Zudem sind die Stundenlöhne und Vergleichsverdienste so niedrig, dass der Bundesrat statt zu sparen in der Pflicht stünde, die Entschädigungen zu erhöhen. Es ist also nicht mehr als recht, dass man die Landwirtschaft nicht für die überbordenden Ausgaben in anderen Bereichen bluten lässt. Die Massnahmen des Entlastungspakets und der damit verbundene, zusätzliche Druck auf die einheimische Landwirtschaft sind darüber hinaus nicht mit den vorgesehenen Zollkonzessionen im Rahmen des Mercosur-Abkommens vereinbar. Bedauerlich ist, dass der Ständerat 3.5 Mio. bei der Qualitäts- und Absatzförderung kürzen will. Die Bauernfamilien hoffen, dass der Nationalrat in der kommenden Frühjahrssession hier nochmals eine Korrektur vornimmt.

Rückfragen:

Martin Rufer, Direktor SBV, Mobile 078 803 45 54

Michel Darbellay, Stv. Direktor SBV, Mobile 078 801 16 91

www.sbv-usp.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100054062/100937334> abgerufen werden.